

**Langversion Auftragsbekanntmachung
Richtlinie 2014/24/EU
Planungs- und Bauleistungen für den Aufbau eines FTTB-Netzes
(gleichzeitig Verfahrensbedingungen für den Teilnahmewettbewerb)
Vergabenummer: ARGE Breitband – Tü**

I. Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Arbeitsgemeinschaft Breitband Landkreis Börde
c/o Landkreis Börde - Der Landrat
Triftstraße 9-10
39387 Oschersleben
NUTS-Code: DE007

Kontaktstellen: Herr Holger Haupt
E-Mail: holger.haupt@boerdekreis.de
Telefon 03904-72406286
Telefax 03904-724056262
Internetadresse www.boerdekreis.de

I.2. Gemeinsame Beschaffung

Es findet keine gemeinsame Beschaffung statt.

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:

<https://www.breitbandausschreibungen.de>

Weitere Auskünfte erteilen die o.g. Kontaktstellen.

Angebote oder Teilnahmeanträge sind schriftlich einzureichen, an die oben genannten Kontaktstellen.

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeiten

Allgemeine öffentliche Verwaltung

II. Gegenstand

II.1 Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrages

Bau- und Planungsleistungen für den Aufbau eines FTTB-Netzes

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

45232000-2

CPV-Code Zusatzteil

71000000-8, 32412000-0, 3256100-0

II.1.3 Art des Auftrages

Bau- und Planungsauftrag

II.1.4 Kurze Beschreibung

Ausschreibungsgegenstand sind Bau- und Planungsleistungen (Totalübernehmerleistungen einschließlich Planung, Bau, Montage, Materialbeschaffung, Baunebenleistungen wie Vermessung, Dokumentation und Baustellensicherung) für den Aufbau eines FTTB-Netzes in Kommunen der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Breitband des Landkreises Börde.

II.1.5 Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne Mehrwertsteuer:

II.1.6 Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrages in Lose: Ja

Los 1: Gebiete der Verbandsgemeinde Westliche Börde

Los 2: Gebiete der Stadt Oschersleben (Bode)

Los 3: Gebiete der Stadt Wanzleben-Börde

Los 4: Gebiete der Stadt Oebisfelde-Weferlingen

Los 5: Gebiete der Verbandsgemeinde Elbe-Heide

Los 6: Gebiete der Gemeinde Niedere Börde

Los 7: Gebiete der Gemeinde Barleben

Los 8: Gebiete der Verbandsgemeinde Flechtingen

II.2 Beschreibung

II.2.3 Erfüllungsort

Nuts-Code: DEE07

Hauptort der Ausführung: Landkreis Börde

II.2.4 Beschreibung der Beschaffung

Im Landkreis Börde und seinen Städten, Einheitsgemeinden und Verbandsgemeinden ist die Verfügbarkeit von schnellen zukunftsfähigen Breitbandinternetanschlüssen der sogenannten nächsten Generation (NGA) ein zunehmend wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor. Weite Teile der Gebietskörperschaften sind noch unterversorgt, da dort aktuell keine Versorgung mit Breitbandanschlüssen durch NGA-Netze mit Übertragungsgeschwindigkeiten von mindestens 30 MBit/s im Download existiert und auch in naher Zukunft im freien Wettbewerb voraussichtlich keine flächendeckenden NGA-Netze entstehen werden, insofern sogenannte „weiße NGA-Flecken“ verbleiben.

Wegen dieser unzureichenden Versorgungssituation und der fehlenden Ausbaubereitschaft privater Telekommunikationsnetzbetreiber im privaten Regelausbau haben die Kommunen Oschersleben (Bode), Wanzleben-Börde, Oebisfelde-Weferlingen, Elbe-Heide, Niedere Börde, Barleben und Flechtingen die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Breitband im Landkreis Börde gegründet.

Ziel ist, die bisher vorhandenen weißen NGA-Flecken in den einzelnen Städten und Gemeinden möglichst flächendeckend durch die Errichtung eines NGA-Netzes mit Breitbandanschlüssen zu beseitigen, dies ausdrücklich mit zukunftsfähigen Datenübertragungsqualitäten bei privaten Endkunden von bis zu 500 MBit/s im Download, bei gewerblichen Endkunden von bis zu 1 GBit/s im Down- und Upload.

Die Städte und Gemeinden beabsichtigen daher jeweils den Aufbau passiver Breitbandinfrastrukturen (Lehrrohre mit Glasfaserkabeln) auf FTTB-Basis und die Verpachtung (Konzession) der jeweils dann im Eigentum der Kommunen stehenden Breitbandinfrastrukturen an Telekommunikationsnetzbetreiber. Das Ausschreibungsverfahren zur Auswahl des späteren Netzbetreibers ist erfolgreich abgeschlossen worden. In sämtlichen Kommunen steht die DNS:NET Internet Service GmbH als Pächter und Konzessionär zur Verfügung.

Nunmehr muss in den einzelnen Kommunen die Maßnahme bau- und planerisch umgesetzt werden. Diesem Vorhaben dient die Ausschreibung. Für die Planungs-

und Baumaßnahme stehen Fördermittel aus dem aktuellen Bundesförderprogramm des Bundesministeriums für Verkehr und Infrastruktur (BMVI) zur Verfügung. Hierzu liegen vorläufige Förderbescheide zugunsten der oben genannten Kommunen vor. Die Bundesfördermittel müssen durch Landesmittel und kreditfinanzierte Eigenmittel ergänzt werden. Die Maßnahme steht insgesamt unter dem Vorbehalt der Sicherstellung der Gesamtfinanzierung. Nach Abschluss dieses Ausschreibungsverfahrens wird das BMVI erst abschließende Förderbescheide erlassen, erst danach kann die Finanzierung durch Land und Eigenmittel (Kredite) abschließend gesichert werden. Der hier ausgeschriebene Auftrag steht mithin unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, der gesicherten Gesamtfinanzierung. Das kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht sicher vorausgesagt werden und ist den Regularien der Bundesförderung und dem Abschluss der noch ausstehenden, finalen Förderbescheide geschuldet.

Der Ausbau der passiven Breitbandinfrastrukturen durch die Kommunen beginnt unabhängig von der gesicherten Finanzierung (siehe oben) aber auch erst nach dem Erreichen und dem Nachweis einer Mindestanschlussquote von ca. 47 % und/oder unter Berücksichtigung eines wirtschaftlichen Betriebes, welcher vom Netzbetreiber der Kommune gegenüber nachzuweisen ist. Insofern stehen die hier als Rahmenvertrag gemäß § 4a EU VOB/A ausgeschriebenen Leistungen zudem hinsichtlich des konkreten Einzelabrufs unter dem Vorbehalt des Erreichens dieser Mindestanschlussquote.

Die grundsätzliche Freigabe der einzelnen Gebietslose nach gesicherter Gesamtfinanzierung und der konkrete Umfang der Maßnahmen in den Losen (sog. Einzelabrufe) erfolgt nach positiver Tendenz während bzw. nach der Akquisitionsphase des Netzbetreibers DNS:NET GmbH durch die einzelnen Kommunen, die auch die Vertragspartner in den einzelnen Losen werden. Die Ausführung erfolgt nach den Genehmigungen der einzelnen Kommunen, der Träger öffentlicher Belange, den Vorgaben der Fördermittelgeber und der Leistungsbeschreibungen aus dieser Ausschreibung.

Es liegen Strukturplanungen für die einzelnen Lose vor, ferner steht eine Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm zur Verfügung, § 7 c Abs. 2 Nr. 1 EU VOB/A. Ausschreibungsgegenstand sind gebietsloseweise zu vergebene Bauleistungen einschließlich der noch zu erbringenden Planungsleistungen im Rahmen einer Totalübernehmervergabe.

Im Rahmen der Erstellung der zu verhandelnden, ersten (indikativen) Angebote werden die Bieter auf der Grundlage einer funktionalen Leistungsbeschreibung (Leistungsprogramm) mit kalkulierten Mengen und Massen ein Angebot mit entsprechendem Angebotsleistungsverzeichnis erstellen und eine Bepreisung vornehmen.

II.2.5 Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt (Verfahrensbedingungen mit Wertungsmatrix für das spätere Verhandlungsverfahren).

II.2.6 Geschätzter Wert

Wert ohne Mehrwertsteuer:

II.2.7 Laufzeit des Vertrags

Laufzeit in Monaten: 22 Monate (bis 29.11.2019)

Dieser Auftrag kann nicht verlängert werden.

II.2.9 Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 6

Die Vergabestelle überprüft zunächst die Teilnahmeanträge auf formale Richtigkeit und Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie auf vergaberechtliche Ausschlussgründe. Bei den nach dieser Prüfung verbleibenden Bewerbern wird in einem zweiten Schritt geprüft, ob sie die unter III.1.2, III.1.3 und III.2.2 aufgeführten Mindeststandards (Mindestbedingungen) einhalten. Bewerber, die diese Mindeststandards nicht erfüllen, scheiden aus.

Unter den dann noch verbleibenden Bewerbern findet eine gestufte Auswahl unter Berücksichtigung der zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (siehe III.1.3.) vorgelegten Unterlagen/Erklärungen/Erläuterungen statt.

II.2.10 Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind nicht zulässig.

II.2.11 Angaben zu Optionen

Nein

II.2.13 Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird (ELER).

II.2.14 Zusätzliche Angaben

Es handelt sich um die Vergabe eines Rahmenvertrages. Der Umfang der Leistungen hängt von den konkreten Einzelabrufen ab.

III. Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1 Teilnahmebedingungen

III.1.1 Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Folgende Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag beizufügen:

- a) Eigenerklärung im Original, dass beim Bewerber keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.06.2013, zuletzt geändert in Art. 1 Vergaberechtsmodernisierungsgesetz vom 17.02.2016 (BGBl. I S. 203) vorliegen, ferner Bewerbererklärung (Erklärung nach Abschnitt 2).
- b) ggf. (soweit beabsichtigt) Bewerbergemeinschaftserklärung, aus der sich die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, die Absicht ihres Zusammenschlusses zu einer gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall und der bevollmächtigte Vertreter ergeben;
- c) ggf. (soweit beabsichtigt) Nachunternehmererklärung, aus der sich ergibt, dass der Nachunternehmer im Auftragsfall verbindlich für die Ausführung der Nachunternehmerleistung zur Verfügung steht;

Nachweise und Erklärungen aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind in einer Übersetzung vorzulegen. Soweit, wie hier, im Zusammenhang mit der Berufszulassung amtliche Bestätigungen gefordert werden, ist die Vorlage einer amtlichen Übersetzung notwendig. Bitte berücksichtigen Sie, dass die zuvor genannten Ausführungen zu Erklärungen und Nachweisen aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union auch für die Darlegung zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

higkeit der Bewerber aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach Maßgabe von III.1.2, III.1.3 und III.2.2 gelten.

III.1.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- a) Eigenerklärung über den Umsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Die Vergabestelle behält sich vor, zur Überprüfung der in der Eigenerklärung gemachten Angaben weitergehende Nachweise zu verlangen.
- b) Nachweis, nicht älter als 12 Monate, über den Abschluss einer Haftpflichtversicherung mit Angaben der Deckungssumme, getrennt nach Personen- und Sach-/Vermögensschäden

Hinweis: Die Eigenerklärungen zu fehlenden Ausschlussgründen, zum Umsatz und den Nachweis über den Abschluss einer Haftpflichtversicherung sind für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und die vorgesehenen Nachunternehmer gesondert vorzulegen.

Geforderte Mindeststandards:

- a) Die Vergabestelle fordert als Mindeststandard (Mindestbedingung) einen durchschnittlichen Jahresmindestumsatz der vergangenen drei abgeschlossenen Geschäftsjahre von 10 Mio. € p.a. Bei Bewerbergemeinschaften und/oder beim Einsatz von Nachunternehmern kann dieser Umsatz insgesamt, also durch Addition der einzelnen Umsätze, nachgewiesen werden.
- b) Die Vergabestelle fordert als Mindeststandard (Mindestbedingung) den Nachweis des Abschlusses einer Haftpflichtversicherung mit Deckungssummen von 5 Mio. € für Personenschäden und 5 Mio. € für Sach-/Vermögensschäden (zweifach maximiert). Sofern die Versicherungssummen derzeit niedriger sind, ist jedenfalls eine entsprechende Erklärung der Berufshaftpflichtversicherung vorzulegen, dass die hier geforderten Mindestdeckungssummen im Zuschlagsfall bereitgestellt werden (Bereitstellungserklärung).
- c) Weiterer Mindeststandard (Mindestbedingung): Vorlage einer positiven Bankauskunft und einer Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamt, nicht älter als 12 Monate.

III.1.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- a) Eine Beschreibung des vorgesehenen Projektteams – getrennt nach Planung und Bau – einschließlich Ingenieuren und Übersendung der Lebensläufe der vorgesehenen Mitarbeiter (Planer, Bauleiter, Poliere, Kolonnenführer, Verantwortlicher für Dokumentation inkl. Aufmaßerstellung zur kaufmännischen Abwicklung), aus denen die Qualifikation (sowie Vorlage von personenbezogenen Unterlagen und Zertifikate) und die tatsächliche Mitarbeit an den geforderten Referenzprojekten hervorgeht;
- b) Angaben zur grundsätzlichen personellen Ausstattung beim Bewerber/der Bewerbergemeinschaft einschließlich Nachunternehmer (bei beabsichtigtem Nachunternehmereinsatz), insbesondere Angaben über die Zahl der in den letzten vier abgeschlossenen Geschäftsjahren im Jahresdurchschnitt beschäftigten Kräfte, gegliedert nach den unter lit. a) benannten Berufsgruppen und der zur Verfügung stehenden Bautrupps und Kräfte, ferner etwaiger Dolmetscher, sofern der Einsatz fremdsprachiger Kräfte vorgesehen ist;
- c) Eigenerklärung mit inhaltlichen Erläuterungen zu abgeschlossenen, vergleichbaren Referenzprojekten mit der Benennung entsprechender Ansprechpartner beim Auftraggeber, zum Volumen der Beauftragung und der Projektgröße in den vergangenen vier Jahren. Zur Zahl und Zusammensetzung siehe unten bei Mindeststandards.
- d) Eigenerklärung mit inhaltlichen Erläuterungen zu abgeschlossenen Referenzprojekten zum Nachweis von Erfahrungen mit dem Bauen der öffentlichen Hand.
- e) Eigenerklärung mit inhaltlichen Erläuterungen, aus der hervorgeht, über welche Ausstattung, welche Geräte und welche technische Ausrüstung der Bewerber grundsätzlich verfügt.
- f) Eigenerklärung mit inhaltlichen Erläuterungen zum Lieferkettenmanagement und -überwachungssystem, das dem Bewerber zur Verfügung steht.
- g) Eigenerklärungen zu Zertifizierungen, sofern vorhanden.

Geforderte Mindeststandards:

- a) Die Vergabestelle erwartet als Mindeststandard (Mindestbedingung) mindestens folgende vergleichbare Referenzprojekte.
- Referenzen über den Telekommunikationsnetzbau im FTTB-Bereich (passive Infrastruktur) mit einem Rechnungsvolumen von mindestens 5,0 Mio. €.
 - Referenzen über die Planung von Telekommunikationsnetzen im FTTB-Bereich mit einem Honorarvolumen von mindestens 500.000 €.
 - Referenzen über mindestens 20.000 Stück verlegte Hausanschlüsse.

Diese Projekte dürfen maximal vier Jahre zurückliegen. Zudem werden nur Referenzprojekte anerkannt, die einen Vollauftrag darstellten, mithin Planung, Bau und Bauoberleitung/Bauüberwachung umfassten. Bei Bewerbergemeinschaften und/oder beim Einsatz von Nachunternehmern können die Referenzprojekte insgesamt, also durch Addition, nachgewiesen werden.

- b) Die Vergabestelle fordert als Mindeststandard (Mindestbedingung) eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von 2 Ingenieuren (Hochschulabschluss in Bauingenieurwesen oder vergleichbar) der vergangenen drei abgeschlossenen Geschäftsjahre. Bei Bewerbergemeinschaften und/oder beim Einsatz von Nachunternehmern kann die Mitarbeiterzahl insgesamt, also durch Addition der Mitarbeiter, nachgewiesen werden. Bei fremdsprachigem Personal ist die Mitarbeit entsprechender Dolmetscher vorzusehen.

III. 1.4 Sonstige besonderen Bedingungen

Ja

Die Auftragsvergabe für die Leistungen steht unter dem Vorbehalt der Auftragserteilung durch die einzelnen Verbands-/Einheitsgemeinden der ARGE-Breitband des Landkreises Börde.

III.2 Bedingungen für den Auftrag

III.2.1 Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten:
Nein.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrages

Nein.

III.2.3 Für die Ausführung des Auftrages verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrages verantwortlich sind: Ja

IV. Verfahren

IV.1 Beschreibung

IV.1.1 Verfahrensart

Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb

IV.2 Verwaltungsangaben

IV.2.1 Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Nein

IV.2.2 Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge

13.11.2017, 11:00 Uhr

IV.2.3 Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe

20.11.2017

IV.2.4 Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6 Bindefrist des Angebotes

Das Angebot muss gültig bleiben bis 31.03.2018

IV.2.7 Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Die Öffnung der ersten Angebote wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgen, auch die Öffnung der Teilnahmeanträge.

VI. Weitere Angaben

VI.1 Angaben zur Wiederkehr des Auftrages

Dies ist kein wiederkehrender Auftrag

VI.2 Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Die Aufträge werden nicht elektronisch erteilt. Es findet keine elektronische Vergabe statt. Teilnahmeanträge und Angebote sind schriftlich in Papierform bei der Vergabestelle einzureichen. Ein elektronisches Verfahren wird nicht geführt.

VI.3 Zusätzliche Angaben

Es findet ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem, europaweitem Teilnahmewettbewerb gemäß § 3a Abs. 2 EU VOB/A statt.

Im Teilnahmewettbewerb wird zunächst ausschließlich die Eignung der Bewerber überprüft. Es werden bis zu sechs von denen, die sich als geeignet erweisen, in einem zweiten Verfahrensschritt zur Vorlage eines ersten Angebotes aufgefordert. Rückfragen sind frühzeitig an die Vergabestelle zu stellen. Anfragen nach dem 01.11.2017 können voraussichtlich unter Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes und der Transparenz für alle Bewerber nicht mehr beantwortet werden. Bitte stellen Sie Rückfragen möglichst schriftlich per E-Mail an die o.g. Kontaktadressen.

Der Teilnahmeantrag ist formlos im Original und unterschrieben mit den geforderten Unterlagen und Dokumenten einzureichen, dies an die o.g. Kontaktstelle mit dem folgenden Text versehen:

„Teilnahmeantrag Ausschreibung Bau- und Planungsleistungen für den Aufbau eines FTTB-Netzes“

Erklärungen und Nachweise können, falls sich aus den Ausführungen nichts anderes ergibt, auch in Kopie eingereicht werden. Die Vergabestelle behält sich vor, zur näheren Überprüfung die Einreichung von Originalen zu verlangen.

Das Formblatt „Bewerbererklärung (Erklärung nach Abschnitt 2 - Basisparagrafen mit zusätzlichen Bestimmungen der EU-Vergaberichtlinie) steht unter www.breitbandausschreibungen.de online zur Verfügung und ist auszufüllen. Weitere Formblätter und weitere Unterlagen für diesen Teilnahmewettbewerb und die Bewerbung gibt es nicht. Kosten für die Verfahrensteilnahme werden nicht erstattet.

Die auf der Internetseite www.breitbandausschreibungen.de eingestellten Ausschreibungsunterlagen (Teil A. Verfahrensbedingungen mit Wertungsmatrix, Teil

B. Leistungsprogramm und Planungsunterlagen, Musterleistungsverzeichnis, Strukturplanung, Teil C. Vertragsentwurf, Teil D. Angebotsunterlage) sind für die *zweite Stufe des Verfahrens*, mithin das Verhandlungsverfahren, bestimmt. Diese Unterlagen haben für den zunächst stattfindenden Teilnahmewettbewerb, in dem ausschließlich die Eignung der Bewerber überprüft wird, noch keine inhaltliche Bedeutung. Den Bewerbern steht es selbstverständlich frei, sich über diese Unterlagen, insbesondere die Leistungsbeschreibung, schon jetzt weitere Informationen zu dem ausgeschriebenen Projekt einzuholen.

Beabsichtigt ist der Abschluss einer Rahmenvereinbarung je Los mit je einem Wirtschaftsteilnehmer. Wesensmerkmal einer Rahmenvereinbarung ist, dass die konkrete Leistungserbringung und damit die Erfüllung des Vertrages hinsichtlich der ausgeschriebenen Leistungen nicht garantiert werden kann. Die Bau- und Planungsvolumina der Lose hängen vom Vermarktungserfolg ab. Es ist also möglich, dass kein oder nur ein beschränkter tatsächlicher Auftrag aus einer abgeschlossenen Rahmenvertrag folgt. Dieser Umstand darf jedoch nicht zu Veränderungen bei Einheitspreisen führen. Der tatsächliche Start der Maßnahme beginnt mit dem konkreten Einzelabruf je Los. Sodann beginnt für den Auftragnehmer die Planungsphase, die Ausführungsplanung ist durch den Auftraggeber freizugeben; erst daran schließt sich die Bauphase an.

Der Netzausbau erfolgt u.a. mit Mitteln des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur nach der Richtlinie zur Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland. Die Förderregularien sind bei der weiteren Planung und baulichen Umsetzung zwingend zu berücksichtigen, insbesondere die GIS-Nebenbestimmungen, das einheitliche Materialkonzept, die Publizitätsvorschriften sowie die Vorgaben zur Dimensionierung passiver Infrastrukturen im Rahmen des geförderten Breitbandausbaus.

VI.4 Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1 Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer im Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle
Telefon: +49 (345) 514-1529
Telefax: +49 (345) 514-1115
E-Mail: angela.schaefer@lvwa.sachsen.anhalt.de

VI.4.3 Einlegung von Rechtsbehelfen

Bitte berücksichtigen Sie, dass die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren auch nur auf Antrag einleitet und ein Antrag gem. § 160 Abs. 3 GWB unzulässig ist, soweit (1.) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages anerkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat, (2.) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, (3.) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, (4.) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.